

# Sogar die Schulhäuser müssen bewacht werden

**Drogenhotspot Kleinbasel** Die Situation rund um die Dreirosenanlage spitzt sich zu. Der Kanton hat reagiert. So wird im Umfeld der dortigen Schulen Sicherheitspersonal eingesetzt.

**Oliver Sterchi**  
und **Karoline Edrich**

Die Drogen- und Gewaltproblematik im unteren Kleinbasel ist seit Jahren ein Thema. In den vergangenen Monaten hat sich die Situation allerdings zugespitzt, besonders rund um die Dreirosenanlage und beim Matthäusplatz.

Anwohner berichten von liegenden gelassenen Spritzen, schreienden Konsumenten und aufdringlichen Dealern, die sogar Minderjährige ansprechen und belästigen würden. Manche Schülerinnen und Schüler nähmen deshalb weite Umwege in Kauf, um den Dealern – meist junge Männer aus dem Maghreb – auszuweichen, berichtete eine Mutter im letzten Dezember gegenüber dieser Zeitung. Eine Lehrperson wurde nahe der Dreirosen-Schule sogar überfallen und ausgeraubt.

Die Situation scheint sich trotz der Kameraüberwachung auf der Dreirosenanlage nur unwesentlich gebessert zu haben. Der Regierungsrat hat deshalb weitere Massnahmen aufgelegt: Unter anderem sollen die Schulhäuser im Umfeld der Freizeitanlage künftig von Sicherheitspersonal bewacht werden, damit die Schülerinnen und Schüler nicht belästigt werden und auf dem Schularreal nicht gedealt wird.

**«Zehnjährige werden angedealt»**

Sicherheitsdirektorin Stephanie Eymann (LDP) verkündete diese Massnahme am Donnerstagabend am sogenannten Drogenstammtisch, der vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel und dem Onlineportal «Bajour» organisiert wurde.

Schüler würden teilweise sogar auf den Schultoiletten von Dealern angesprochen, zitiert «Bajour» die Sicherheitsdirektorin. Auch habe es Fälle von sexueller Belästigung gegeben. «Selbst Zehnjährige werden angedealt oder auf dem Schulweg sexuell belästigt», sagte Eymann gleichentags dem «Regionaljournal» von Radio SRF. Diesen Zustand könne man nicht tolerieren. «Das ist schlicht nicht normal», so Eymann.



Die Dealer im unteren Kleinbasel sprechen teilweise sogar Schüler an, gerade im Umfeld der Primarstufe Dreirosen. Foto: Dominik Plüss

**«Alle Dealer einzusperren oder abzuschieben, löst die Problematik nicht.»**

**Nicola Goepfert**  
Basta-Grossrat

Wie diese Bewachung der Schulhäuser – es handelt sich wohl in erster Linie um die Primarstufe Dreirosen und die Sekundarstufe Theobald Baerwart – konkret aussehen wird, ist noch unklar. Der Sprecher der Justiz- und Sicherheitsdirektion (JSD), Toprak Yerguz, teilt auf Nachfrage der BaZ mit: «Obwohl die Massnahmen grossmehrheitlich feststehen, muss der Regierungsrat an einer der nächsten Sitzungen

noch über die letzten Fragen bezüglich Finanzierung beraten.»

Neben dem Sicherheitspersonal bei den Schulen soll es auch weitere Massnahmen wie eine «erweiterte Sozialarbeit», angepasste Öffnungszeiten der Kontakt- und Anlaufstelle sowie ausgebauter Rangerdienste auf der Dreirosenanlage geben. Die Details seien aber noch «nicht spruchreif», so Yerguz.

In der Politik stossen die angedachten Massnahmen grösstenteils auf Zustimmung – auch innerhalb der Linken. «Ich unterstütze jeden Schritt, der zu einem verbesserten Sicherheitsgefühl der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler beiträgt», sagt SP-Grossrat Mahir Kabakci. Allerdings müsse der Einsatz des Sicherheitspersonals «mit grosser Sensibilität» erfolgen. «Bei den Schülerinnen und Schülern darf nicht der falsche Eindruck entstehen, dass sie in steter Ge-

fahr seien, das wäre hochgradig kontraproduktiv.»

Kabakci will deswegen noch genauer hinschauen: «Es muss präzisiert werden, woraus sich diese Massnahmen ableiten und wie sie konkret aussehen sollen.» Er werde diesbezüglich allenfalls einen Vorstoss im Parlament einreichen, kündigt der SP-Grossrat an.

**Sind die Kameras das Problem?**

Auch die Grünen-Grossrätin Fleur Weibel treffen die jüngsten Entwicklungen unvermittelt. Es sei «massiv», wenn eine öffentliche Schule in Basel-Stadt von Sicherheitspersonal bewacht werden müsse.

Für eine solche Massnahme brauche es eine «klare Faktensituation». «Ich wundere mich, dass man bisher noch nichts davon gehört hat, dass an Schulen gedealt wird.»

Als mögliche Ursache sieht die Grünen-Grossrätin ausgerechnet die Installation von Überwachungskameras beim Dreirosenareal. «Es wäre zwar zynisch, aber es ist möglich, dass die Videoüberwachung zu einer Verschiebung des Dealens in die angrenzenden Schulgebäude geführt hat.» Die grosse Sorge der Eltern sei verständlich. «Es macht daher Sinn, jetzt verschiedene Massnahmen zu testen.»

SVP-Grossrat Felix Wehrli plädiert seinerseits für einen strikteren Umgang mit den Dealern. «Die Situation wird immer schlimmer. Jetzt wissen offensichtlich schon Schulkinder, was Drogen kosten.» Sicherheitspersonal an den Schulen sei «sicherlich nötig», sagt Wehrli.

Weiter brauche es eine verschärfte Asylpolitik, um das Problem zu bekämpfen. «Personen aus Maghrebstaaten, die aus Frankreich kommen, müsste man

ausweisen können und ihnen ein Arealverbot geben», so der SVP-Grossrat. Abgewiesene Asylbewerber müsse man schneller ausschaffen können.

Anderer Meinung ist Basta-Grossrat Nicola Goepfert: «Alle Dealer einzusperren oder abzuschieben, löst die Problematik nicht.» Vielmehr brauche es beispielsweise einen verbesserten Zugang zu den Kontakt- und Anlaufstellen für diese Personen. Basta sieht auch die Kameraüberwachung auf dem Dreirosenareal kritisch. Goepfert hat letzte Woche einen entsprechenden Vorstoss mit Fragen an die Regierung eingereicht.

**Regierung bittet Bundesrat um Hilfe**

Klar ist: Bei Asylfragen sind dem Kanton die Hände gebunden. Deshalb hat die Basler Regierung bereits im November letzten Jahres einen Brief nach Bundesbern geschrieben, der dieser Redaktion vorliegt. Darin bittet die Regierung bezüglich der stark ansteigenden Anzahl von Gewalttaten und des zunehmenden Drogenhandels um Hilfe.

Die Basler Exekutive richtet sich mit deutlichen Worten an die Landesregierung: «Aussergewöhnlich häufig auffällig sind junge Männer aus den Maghrebstaaten, die im Bundesasylzentrum in Basel oder in Asylunterkünften in der Region wohnhaft sind», heisst es in dem Schreiben. Für eine Verbesserung der Lage sei ein schneller Vollzug der Wegweisungen von rechtskräftig abgewiesenen Asylsuchenden elementar. Weiter würde man vom Bund finanzierte «Beschäftigungsprogramme mit Ausbildungscharakter und moderater Verdienstmöglichkeit» für junge abgewiesene Asylsuchende begrüßen, bei denen die Rückführung nicht in absehbarer Zeit vollzogen werden könne.

Die Hoffnungen der Basler Regierung ruhen auf Neo-Bundesrat Beat Jans: Er war es, der in seiner damaligen Rolle als Regierungsrat den Brief nach Bern unterzeichnete. Und er ist es, der sich als Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements nun der Sache annehmen muss.